



NEUE HELVETISCHE GESELLSCHAFT
TREFFPUNKT SCHWEIZ
GRUPPE BERN

Veranstaltungsreihe 2018/2019 der NHG Gruppe Bern
Gesellschaft im Wandel: Stresstest für die Demokratie?

1. Veranstaltung

Schweiz – EU : Eine blockierte Diskussion?

Rote Linien, fremde Richter, Brüsseler Diktat, neoliberales Monster – die Diskussion über die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU wird seit Jahren von Schlagworten beherrscht.

Aus dieser Blockade möchte uns die liberale Denkfabrik Avenir Suisse mit ihrem „Weissbuch Schweiz“ befreien. Denkverbote sollen fallen, Diskussionen angeregt und „das Undenkbare wieder denkbar“ gemacht werden. Peter Grünenfelder, Direktor von Avenir Suisse, stellt im folgenden Referat sechs mögliche Szenarien der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU vor. Anschliessend nehmen Politiker und Politikerinnen Stellung dazu und legen dar, welches Szenario ihnen am besten gefällt.

Den Stillstand überwinden

Referat von Dr. Peter Grünenfelder, Direktor Avenir Suisse und Mitverfasser des „Weissbuch Schweiz“

Es „knarzt“ in der globalen Wirtschaftsarchitektur

Wir befinden uns im Zustand einer „hektischen Stagnation“. Der Streit um Zollerhöhungen und die Kündigung des Atomsperrvertrages mit dem Iran verunsichert viele Länder. Es besteht die Gefahr, dass Europa zwischen die Fronten gerät. Global werden pro Jahr gut 1'000 neue Handelsbeschränkungen erlassen.

Die WTO wurde geschwächt: Die 2001 gestartete Doha-Runde* konnte nicht zu einem Abschluss gebracht werden. Dem WTO-Schiedsgericht droht aufgrund von Altersrücktritten Arbeitsunfähigkeit: die Ernennung neuer Richter wird von den USA blockiert. Als Folge der Blockierungen steigt die Zahl regionaler und bilateraler Abkommen. Die Schweiz ist als Kleinstaat auf eine starke WTO angewiesen.

Die Schweiz ist abhängig von Exportmärkten

Seit 1980 nimmt der Anteil der Schweizer Exporte am BIP kontinuierlich zu. Wenn 1980 pro Franken BIP noch 30 Rp. aus dem Export stammten, sind es heute 70 Rp.!

Der Anteil des Aussenhandels am BIP der Schweiz ist mit gut 80% einmalig hoch. Im Vergleich dazu kommen die BRD auf 70%, GB auf 40%, und die rund 20% der USA zeigen, dass sie wegen ihres riesigen Binnenmarktes weniger auf Exporte angewiesen sind. Misst man den Aussenhandel allerdings in Milliarden Dollar, so kehrt sich die Rangliste: China steht mit 4'000 an der Spitze, es folgen die USA mit 3'800, die BRD mit 2'400 und GB mit 1'100. Die Schweiz mit einem Volumen von rund 500 Mia finden wir weit hinten.

Schauen wir die Aussenhandelsbeziehungen der Schweiz geografisch an, so zeigt sich die grosse Abhängigkeit von den umliegenden Ländern: Der Handel allein mit Baden-Württemberg beträgt 29,6 Mia. (als Vergleich: mit China 21,3 Mia.), mit der Lombardei 14 Mia. (mit Japan 9,5 Mia.).

Die Schweiz als Vorreiterin der Globalisierung

Von 1883 bis 1913 verdoppelte sich das Pro-Kopf-Einkommen der Schweiz. In der Zeit des „Wirtschaftswunders“ von 1950 bis 1975 stieg es noch einmal um das Doppelte. 1990 begann eine anhaltende Wachstumsschwäche. Wir fallen im internationalen Vergleich zunehmend zurück.

* In Doha wurde 2001 von der WTO eine Entwicklungsagenda entworfen mit einem Paket von Aufträgen, die die Mitgliedstaaten bis 2005 abschliessen sollten. Der vierte Anlauf, diese Vorgabe zu erledigen, scheiterte 2008 vor allem an der Landwirtschaftspolitik.

Eine weitere negative Entwicklung zeigt, dass es 2018 erstmals mehr Aus- als Eintritte im Arbeitsmarkt geben wird. Dramatisch werden diese Differenzen ab 2020. Es wird ein grosser Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften entstehen. Dazu kommt eine Abnahme der Arbeitsproduktivität seit etwa 20 Jahren, die sich laufend verstärkt. Die Schweiz von heute arbeitet und spart viel, setzt diese Ressourcen aber nicht sonderlich effizient um.

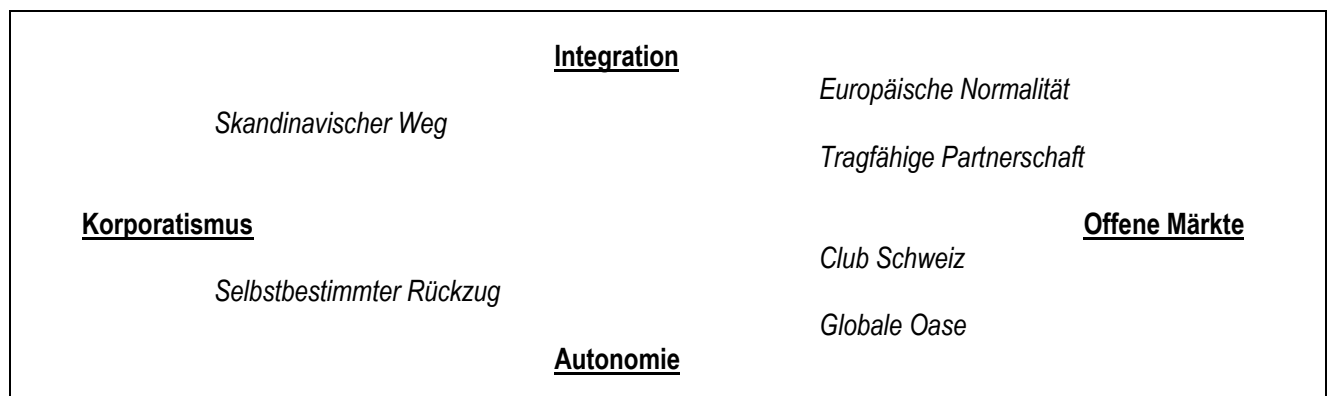
Innenpolitischer Richtungskampf

Vielleicht wegen dieser anhaltenden Stagnation und dem zunehmenden Einfluss der Globalisierung ist die Zahl der **aussenpolitischen Initiativen** gestiegen: *Konzernverantwortungs-, Selbstbestimmungs-, Fair-Food-Initiativen, Begrenzung der Zuwanderung, Kündigungs-Initiative (gegen das Freizügigkeitsabkommen, angekündigt) etc.* Zugleich führt ein **Reformstillstand** innenpolitisch zu aggressiveren Auseinandersetzungen und ebenfalls einer deutlichen Zunahme von Initiativen und Vorstössen: *Berufliche Vorsorge, AHV-Sicherung, „work-fair 50+“, Sozialdetektive, Vaterschaftsurlaub, gegen Massentierhaltung, Hornkuh-Initiative, für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide, Pflege-Initiative, für ein von den Krankenkassen unabhängiges Parlament etc.*

Wohin geht die Schweiz?

Das „Weissbuch Schweiz“ von Avenir Suisse zeigt in 6 Skizzen mögliche Zukunftsszenarien im Sinne von Perikles (494 – 429 v.Chr.): „Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorauszusagen, sondern auf sie vorbereitet zu sein.“

Die sechs Szenarien im Überblick



1. Selbstbestimmter Rückzug

Deutlich tieferes Wachstum, maximale Eigenständigkeit, geschwächte Exportwirtschaft, Strukturerhaltung im Innern, restriktive Zuwanderungspolitik

2. Club Schweiz

Knapp gehaltenes Wachstum, Kündigung der Bilateralen 1 inkl. Personenfreizügigkeit, Offenheit mit so viel nationaler Souveränität als möglich, Investitionsunsicherheit, harter Franken, hohe Effizienz, Nutzung von Marktnischen

3. Globale Oase

Höheres Wachstum, weitgehende Liberalisierung, unilaterale Öffnung des Arbeitsmarktes, starkes Wachstum der Produktivität, aufgehende Einkommensschere, mehr regionale Disparitäten

4. Skandinavischer Weg

Gehaltenes Wachstum, EU-Beitritt und vollständige Binnenmarktintegration, Beibehaltung des Frankens, regulierter Arbeitsmarkt und deregulierter Gütermarkt, mehr soziale Absicherung und Umverteilung, Produktivitätsschub und höhere Steuern

5. Europäische Normalität

Höheres Wachstum, EU-Beitritt und vollständige Binnenmarktintegration, Übernahme des Euro, mehr Wettbewerb im Innern, bessere Beschäftigungschancen, Schweiz als EU-Nettozahlerin

6. Tragfähige Partnerschaft

Höheres Wachstum, Dynamisierung des bilateralen Weges, neue Marktzugänge: Finanzdienstleistungen, Strom; Stärkung der Schweizer Finanzplätze, Abstriche bei formeller Souveränität, höhere Investitionssicherheit

Ein Schlusswort von Friedrich Dürrenmatt (in „Justiz“, 1985)

„Das Mögliche ist beinahe unendlich, das Wirkliche streng begrenzt, weil doch nur eine von allen Möglichkeiten zur Wirklichkeit werden kann.

Das Wirkliche ist nur ein Sonderfall des Möglichen und deshalb auch anders denkbar. Daraus folgt, dass wir das Wirkliche umzudenken haben, um ins Mögliche vorzustossen.“

Podiumsdiskussion

mit Hans-Peter Portmann, Nationalrat FdP (**P**)
Aline Trede, Nationalrätin Grüne Partei (**T**)
Sandra Schneider, Grossrätin SVP (**Sch**)
Cédric Wermuth, Nationalrat SP (**W**)

Moderation

Ursula Hürzeler, freie Journalistin und Moderatorin

Stimmt es, dass zu wenig über das Verhältnis Schweiz – EU diskutiert wird?

P: Nein, aber es wird falsch diskutiert. Man greift zu oft in die Märchenkiste, so z.B. über die Erwartungen der EU an die Schweiz. Zudem haben wir unsere Entscheidungskultur verloren, die Resultate der Volksabstimmungen entsprechen immer weniger dem Willen des Bundesrates. Wir haben übrigens nicht nur einen Reformstau, wir hinken ebenfalls der Entwicklung hinterher.

Will die SVP diesen Stau, will sie die Entwicklung bremsen?

Sch: Immer, wenn die EU aktiv wird, können wir uns nur wehren. Für die SVP gilt der Leitsatz „Das Volk soll bestimmen“, es soll immer das letzte Wort haben. Eine Mehrheit kann nicht falsch liegen.

Die SP hat den Beitritt zur EU noch immer im Programm. W aber hat die EU kürzlich stark kritisiert. Was ist da los?

W: Kritisiert habe er, wie die EU uns zu einem Rahmenabkommen drängen will, ebenfalls ganz grundsätzlich die gegenwärtige Entwicklung der EU. Wenn weitere Mitglieder sich in die ungute Richtung zu einer autoritären Demokratie bewegen, so besteht die grosse Gefahr, dass es das europäische Projekt in zehn Jahren nicht mehr gibt. Wir sollten uns aber nicht fragen, ob es die EU noch gebe, sondern welche EU wir wollen.

Ist die SP gespalten, was das Verhältnis zur EU angeht? Einerseits befürwortet sie einen EU Beitritt, beim Rahmenabkommen fährt sie aber eine harte Linie.

W: Wir protestieren dagegen, dass sich der Bundesrat über sein Mandat hinweg setzt. Es gibt für uns nur ein Rahmenabkommen, wenn es die flankierenden Massnahmen zur Freizügigkeit garantiert.

P erhebt Einspruch: Die Schweiz hat in Brüssel keine „rote Linie“ überschritten. Das berüchtigte Papier mit Eventualitäten soll nur innerstaatlich diskutiert werden, ist keine Verhandlungsgrundlage. Die SP sabotiert diese interne Auseinandersetzung. Die Gewerkschaften blockieren, weil sie Angst vor Veränderungen haben, weil sie befürchten, es könnte uns dann weniger gut gehen.

Schauen Sie, Frau Trede, was die Entwicklung der EU betrifft, eher nach Norden oder nach Süden?

T: Man hat in der Schweiz falsche Hemmungen vor einer EU – Diskussion. Die Grünen z.B. arbeiten schon heute grenzüberschreitend mit Baden-Württemberg zusammen. Mit der Aussenpolitik der Schweiz hat sie Mühe, offiziell geben wir uns liberal, entscheiden aber oft national (Landwirtschaft, Klima). Viele Probleme können heute jedoch nur global gelöst werden.

Eine Umfrage des europäischen Parlamentes hat sehr positive Resultate pro EU ergeben, in der Schweiz hingegen, so bekommt man den Eindruck, wird sie nur schlecht geredet.

T: Wenn wir uns in der EU einbringen könnten, so könnten wir dort auch etwas bewirken, selbst als Kleinstaat unter Grossen. Sie erlebt das als Grüne im Parlament: trotzdem sie in 95% aller Abstimmungen unter den Verliererinnen ist, hat die grüne Vertretung eine Wirkung. T versteht die Angst der Schweiz vor Veränderungen nicht.

W findet es sinnvoll, sich auch für etwas einzusetzen, wenn es schlecht läuft, wie die liberal-nationalkonservative Mehrheit in der EU. Er findet, unsere Aussenpolitik, die wir früher den Nachbarstaaten überlassen haben, befinde sich erst in einer frühkindlichen Phase.

P entgegnet T: Sie soll bitte die Preisetikette an ihre Forderungen hängen, angeben, was ein Eintritt in die EU kosten würde. Zudem würden wir bei einem Beitritt viel von unserer Souveränität verlieren.

Und **W** soll zu Kenntnis nehmen, dass es (wie in der EU) keine falschen Mehrheiten geben kann. Nicht nur die SP will Gutes für die Menschheit tun, sondern auch die FdP. Die Mehrheit zieht eben die bürgerliche Politik vor.

Welches Szenario des Weissbuches liegt Ihnen am Nächsten?

T kann sich am ehesten mit dem „Skandinavischen Weg“ abfinden. Am liebsten hätte sie ein „Szenario der Grenzenlosigkeit“.

W wünscht sich ein Szenario ohne Liberalisierung des Service Publique, deshalb wählt er ebenfalls den „Skandinavischen Weg“.

Sch hingegen möchte eine Privatisierung des Service Publique und deshalb das Szenario des „Selbstbestimmten Rückzugs“ Die „Globale Oase“ kommt für sie ebenfalls in Frage, nach dem Motto „Die Schweiz zuerst“.

P tritt ein für den Status quo, die „Tragfähige Partnerschaft“. Er entgegnet Sch, dass sie auch als EU – Mitglied den Service Publique privatisieren könnte.

Was wäre die Alternative zur EU?

P meint, dass die EU in Zukunft zentralistischer wird, oder auch auseinander fallen könnte.

W sieht zwei Alternativen: Entweder geht der Trend zu einem neoliberalen Nationalismus weiter oder die EU kümmert sich vermehrt um Inhalte und ihre ursprüngliche Bestimmung.

Sch denkt, dass es die EU in ein paar Jahren nicht mehr geben wird, sie ist ein sterbendes Konstrukt. Jeder Staat werde sich wieder auf sich selber besinnen, bilaterale Verträge seien ja immer möglich.

T entgegnet, dass es die EU auch in 10 Jahren noch gibt. Wie ihr Zustand sei, hänge allerdings auch von den Medien ab. Sie sieht keine Alternative zur heutigen Form.

12.11.2018 / Urs Graf